

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

CALL FOR PAPERS

Zugänglichkeit und Adressatenorientierung von Gesetzgebung und Verwaltung

3. Jahreskonferenz am 6. Oktober 2022, 9:30 – 17:00 Uhr

Tübingen / virtuell

Aktuelle Entwicklungen wie der demographische Wandel, die Digitalisierung und die neugedachte Ausrichtung an den Normadressaten Bürger*innen und Unternehmen bedeuten Veränderungen für die öffentliche Verwaltung in Deutschland. Neben der Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen steht sie vor einem Prozess der Modernisierung und Neustrukturierung, welcher aktuell insbesondere durch den demographischen Wandel befeuert wird.

Nach wie vor wird die öffentliche Verwaltung von den Normadressaten als praxisfern, langsam, bürokratisch und unverständlich empfunden. Dafür kann es verschiedene Gründe geben: Eine Verwaltungskultur, die durch fehlende Empathie bei Beamt*innen und Silodenken gekennzeichnet ist, dies nicht zuletzt durch fehlende Sensibilisierung in der Ausbildung von Verwaltungsmitarbeitenden, langwierige Prozesse, lange Bearbeitungsdauer und mangelhafte Kommunikation, unter anderem bedingt durch Personalmangel, fehlende Kenntnisse oder dem ausufernden Befolgen von Rechtsvorschriften, um möglichst rechtssicher zu agieren. Diese Aspekte erschweren die Zugänglichkeit der Normadressaten zur Verwaltung. Besonders sichtbar ist dies bei der Verwaltungssprache, die nach wie vor große Unzufriedenheit bei den Bürger*innen erzeugt. Wie kann es also gelingen, Verwaltung zugänglicher und adressatenorientierter zu gestalten und das „verstaubte Image“ abzuliegen?

Diese Schwierigkeiten stellen sich auch im Bereich der Gesetzgebung. Im Rahmen der föderalistischen Kaskade kann es zu praxisfernen Regelungen kommen, die im Vollzug durch die Länder und Kommunen schwer umsetzbar sind und die Zugänglichkeit nicht nur für die Bürger*innen und Unternehmen, sondern auch für die Verwaltung selbst erschweren. Ferner gelten Gesetze als kompliziert und unverständlich. Eine erschwerte Zugänglichkeit besteht bei Verordnungen, Regelungen und Gesetze im Besonderen für alle Nicht-Juristen. Nicht nur für sie sind Gesetzestexte in der immer komplexer werdenden Gesetzeswelt oftmals nur sehr schwer und mit viel Mühe zu verstehen. Um diesen Vorwürfen angemessen zu begegnen, wird seit einigen Jahren das Konzept der *Besseren Rechtsetzung* in der Wissenschaft und Praxis beliebter. Neben der Frage der Verständlichkeit von Recht nimmt sich das Konzept auch vielen weiteren Themen an, und betrachtet, wie Gesetze besser, widerspruchsfreier, sinnvoller und praxistauglicher gestaltet werden können. Unter anderem wurden in diesem Zuge Gesetzredaktionen eingerichtet, die Gesetzesvorlagen auf ihre Verständlichkeit überprüfen, oder auch Normenkontrollräte, die durch ihre Arbeit ein Übermaß an Bürokratiewuchs verhindern wollen.

Die Frage nach einer besseren Zugänglichkeit und einer adressatenorientierteren Gesetzgebung und Verwaltung trifft auf unterschiedliche Handlungsempfehlungen/Handlungsansätze, im Besonderen auch auf die Gesetzgebungs- und Verwaltungspraxis. Vor diesem Hintergrund widmet sich die **dritte Jahreskonferenz** des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau der Fragestellung, wie Zugänglichkeit und Adressatenorientierung von Gesetzgebung und Verwaltung gestaltet sein sollten. Woran sollten sie sich orientieren und wie kann sowohl die Gesetzgebung als auch die Verwaltung für die Normadressaten zugänglicher gemacht werden?

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Willkommen sind Einreichungen von Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen aus allen relevanten Disziplinen zu den folgenden oder angrenzenden Themen, die sich mit dem Status Quo oder Handlungsansätzen für Zugänglichkeit und Adressatenorientierung von Gesetzgebung und Verwaltung befassen:

- Erschwerte Zugänglichkeit aufgrund zunehmender Dichte und Komplexität durch „Überregulierung“
- Sprache und Verständlichkeit in Gesetzgebung & Verwaltung
- Qualitätsmerkmale für verständliches/anwenderfreundliches Recht
- Instrumente für Bessere Rechtsetzung
- Verwaltungskultur/-mindset – der Bürger/die Bürgerin als „Kunde“
- Digitalisierte Verwaltung als Lösung für Zugänglichkeit? (Digitalisierung & E-Government)
- Juristische Ausbildung im Besonderen im höheren Dienst / Qualifizierung im öffentlichen Dienst

Einreichung von Beiträgen

Mitglieder des Netzwerks und andere interessierte Wissenschaftler*innen sowie Praktiker*innen, die sich mit einem Vortrag an der Konferenz beteiligen möchten, werden gebeten, bis zum **04. Juli 2022** ein formloses Abstract (max. 400 Wörter) mit Vortragstitel an die Netzwerk-Geschäftsstelle zu senden: netzwerk@iaw.edu (Heidrun Braun und Hannah Tonn). Das Konferenzprogramm wird ab dem 15. August 2022 verfügbar sein. Die Einreichung eines vollständigen Forschungspapiers ist nicht erforderlich.

Bei Interesse besteht die Möglichkeit, dass der Konferenzbeitrag in einem Sammelband veröffentlicht werden kann. Eine genauere Abstimmung findet dazu im Nachgang zur Konferenz mit allen interessierten Referierenden statt.

Website der Konferenz

Link zur Website der Jahreskonferenz 2022: [Jahreskonferenz 2022 - IAW \(netzwerk-rechtsetzung-buerokratie-abbau.de\)](https://www.iaw-tuebingen.de/jahreskonferenz-2022-netzwerk-rechtsetzung-buerokratie-abbau)

Organisatorisches

Die Jahreskonferenz 2022 wird in hybrider Form in Tübingen bzw. online stattfinden. Vortragende werden gebeten, ihren Vortrag in Präsenz vor Ort (Tübingen) zu halten. Genauere Informationen zum Tagungsort werden folgen. Eine Übernachtungsmöglichkeit kann bei Bedarf organisiert werden.